

Ergebnisprotokoll

über die 59. Sitzung des Kreisausschusses des Landkreises Rottal-Inn

Sitzung am	Mittwoch, den 06.03.2013
Sitzungsort/Raum	Gebäude 5, kleiner Sitzungssaal
Sitzungsbeginn:	14:00 Uhr
Sitzungsende:	15:48 Uhr

Öffentliche Sitzung.

Es folgt eine nichtöffentliche Sitzung.

Das Ergebnis der Beratung ergibt sich aus den Anlagen, die der Niederschrift beigelegt sind.

Genehmigt und wie folgt unterschrieben:

**Eleonore Jackson-Hope
Protokollführerin**

**Michael Fahmüller
Landrat**

Ergebnisprotokoll über die **59. Sitzung des Kreisausschusses** **am Mittwoch, den 06.03.2013**

Öffentlicher Teil

Top 1 Mitteilungen

Zu diesem Top gibt es keine Meldung.

Top 2 Hochbau

Top 2.1 Schulsanierung Landkreis Rottal-Inn: 25. Finanzierungs- und Realisierungskonzept

Beschluss:

Der Kreisausschuss beschließt anhand des 25. Finanzierungskonzeptes die Fortführung der Sanierungen, Umbauten und Erweiterungen an den genannten Landkreisschulen zu den darin aufgeführten Kostenbudgets und Zeitpunkten der jeweiligen Projekte und beauftragt die Verwaltung mit der Einleitung der notwendigen Schritte zur Umsetzung.

Der Kreisausschuss beschließt weiter, dass die gemäß der 25. Version des Finanzierungskonzeptes eingeplanten Eigenmittel des Landkreises in den einzelnen Jahren eingeplant werden.

Abstimmungsergebnis:

Anwesend:	13
JA-Stimmen:	13
Nein-Stimmen:	0

Top 3 LEP; Resolutionsanträge

Beschluss:

Der Kreisausschuss beschließt die Aufnahme des Resolutionsantrages der CSU-Fraktion.

Abstimmungsergebnis:

Anwesend:	13
JA-Stimmen:	13
Nein-Stimmen:	0

Top 3.1 Antrag der ÖDP-Fraktion

Beschluss:

Der Kreisausschuss fordert von den im Bayerischen Landtag vertretenen Parteien, in das neue LEP eine klare Festlegung für den Erhalt der kommunalen Wasserversorgung einzufügen. Dazu muss das im bisherigen Landesentwicklungsprogramm (LEP 2006) enthaltene Ziel, die Wasserversorgung in kommunaler Trägerschaft zu behalten (vgl. LEP 2006: 3.2.2.5 „(Z) Die öffentliche Wasserversorgung soll als essentieller Bestandteil der Daseinsvorsorge in kommunaler Verantwortung bleiben“) auch in das neue LEP übernommen werden.

Die Umformulierung des Grundsatzes zum Tiefengrundwasser relativiert den Schutz des Tiefengrundwassers erheblich. Jede Nutzung von Tiefengrundwasser kann zu einem beschleunigten Mengenumsatz und damit zu einer beschleunigten Tiefenverlagerung von Schadstoffen aus oberflächennahen Grundwasservorkommen führen. Insoweit fordern wir das Mineralwasser als Beispiel für eine höherwertige Nutzung zu streichen. Dieses erfüllt in keiner Weise die Kriterien eines höherwertigen Zweckes.

Abstimmungsergebnis:

Anwesend:	13
JA-Stimmen:	13
Nein-Stimmen:	0

Top 3.2 Antrag der CSU-Fraktion

Beschluss:

Der Kreisausschuss beschließt:

1. Wir lehnen eine Liberalisierung der kommunalen Trinkwasserversorgung in der EU ab.

Wir unterstützen grundsätzlich die Stärkung des europäischen Binnenmarkts. Er ist Grundlage unseres Wohlstands. Jedoch handelt es sich bei der Trinkwasserversorgung um eine Kernaufgabe der Daseinsvorsorge, die nicht alleine unter dem Ziel der Gewinnmaximierung organisiert werden darf.

2. Die Wasserversorgung muss gemäß dem Subsidiaritätsprinzip in der Eigenverantwortung der Kommunen erfolgen.

Die Wasserversorgung ist bei den Kommunen in guten Händen. Die Kommunen kennen die Versorgungssituation vor Ort und können am besten beurteilen, wie eine sichere und qualitativ hochwertige bürgerfreundliche Versorgung ermöglicht werden kann. Ein weiterer Eingriff in die kommunale Selbstverwaltung ist nicht akzeptabel.

3. Der Gesetzgeber muss die von der Kommission vorgeschlagene Richtlinie zur Konzessionsvergabe ablehnen.

Es besteht kein Handlungsbedarf: Gerade in Bayern ist die Trinkwasserversorgung unter den Gesichtspunkten der Qualität und der Erschwinglichkeit für den Bürger bereits vorbildlich geregelt.

4. Es muss zumindest sichergestellt werden, dass die Kommunen vom Anwendungsbereich der Richtlinie ausgeschlossen sind.

Wir erkennen an, dass im aktuellen Richtlinienentwurf bereits zahlreiche Ausnahmen im Sinne der Kommunen erreicht worden sind. Trotzdem sollte die öffentliche Trinkwasserversorgung aus der Richtlinie entfernt werden, so dass alle Organisationsformen kommunaler Trinkwasserversorgung fortbestehen können.

Der Kreisausschuss fordert die Bayerische Staatsregierung, die Bundesregierung und die Fraktionen im Europäischen Parlament auf, zur geplanten Richtlinie über die Konzessionsvergabe, wie beschrieben, Stellung zu beziehen.

Abstimmungsergebnis:

Anwesend:	13
JA-Stimmen:	13
Nein-Stimmen:	0

**Top 4 Antrag auf Verwendung Wappen;
FDP-Kreisverband Rottal-Inn**

Beschluss:

Der Kreisausschluss beschließt, die vom Kreisverband der FDP beantragte Nutzung des Wappens, hier konkret des abgeänderten Wappens, auf dem Briefkopf bzw. als Hintergrund für Roll-Ups zu genehmigen.

Abstimmungsergebnis:

Anwesend:	13
JA-Stimmen:	0
Nein-Stimmen:	13

Top 5 Wünsche und Anfragen

Kreisrat **Reiser** bedankt sich für den Energiebericht 2012 und möchte zugleich wissen, welche Folgerungen daraus gezogen werden sollen.

Der **Vorsitzende** erklärt daraufhin, dass der Energiebericht durch dem Kreistag als jährlicher Bericht angefordert wurde, dem wird damit nachgekommen.

Auch Herr **Altmannspurger** stimmt dem zu und erläutert, der Energiebericht sei das erste Mal für das Jahr 2011 vorgelegt und für 2012 fortgeschrieben worden. Ergebnisse können aus dem Energiebericht nicht abgeleitet werden.

Im **Gremium** wird noch über einzelne Punkte im Energiebericht diskutiert und diese werden durch Herrn Altmannspurger erläutert.

Kreisrat **Vallee** spricht die Einladung zu den Eggenfeldener Energie- oder Nachhaltig-

keitstagen an, die ihm durch die Energieagentur zugegangen sei. Hierzu stelle sich für ihn die Frage, ob es im Nachgang einen Bericht der Energieagentur gebe.

Herr **Herfellner** erläutert, der Beschluss des Kreistages zur Energieagentur sei bereits im Juli 2011 gefasst worden. Im Planungsverband wurde mit den Landkreisen beschlossen, dass bis Ende März eine Lösung gefunden werden solle. Entweder werde es eine Energieagentur auf Planungsverbandsebene geben oder es müsse jeder Landkreis für sich aktiv werden.

Zu den Rottal-Inn-Kliniken möchte Kreisrat **Vallee** wissen, ob die Aussage der Bürgerinitiative durch Herrn Dobler richtig sei, dass es Interessenten für den Kauf der Kliniken gebe.

Dem widerspricht der **Vorsitzende** und betont, dass keine Angebote diesbezüglich vorliegen.

Bezüglich der Resolution zur A94 fragt Kreisrat **Vallee** nach, ob Antworten der angesprochenen Minister eingehen. Eine Rückmeldung wäre wünschenswert.

Der **Vorsitzende** meint, teilweise kommen Rückmeldungen und zum Teil auch nicht. Es sei eine Liste in Auftrag gegeben worden, wann Schreiben versandt wurden und welche Rückmeldungen eingetroffen sind. Diese Information werde dann an die Fraktionsvorsitzenden gemeldet.